

Europa der Vaterländer

Theologische Reflexionen

Der Begriff „Europa der Vaterländer“ wurde vom französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle geprägt, als über den Eintritt Englands in die Europäische Gemeinschaft gestritten wurde. Das brüske Nein des französischen Präsidenten schlug auch nach Deutschland durch und verschärfte damals die politische Auseinandersetzung zwischen „Gaullisten“ und „Atlantikern“. Zu de Gaulle hielten Konrad Adenauer, Rainer Barzel, Franz Josef Strauß, jeder auf seine Weise römisch-katholisch; für die atlantische Offenheit – und damit Öffnung der EG für Großbritannien – plädierten Ludwig Erhard, damals Bundeskanzler, und sein Außenminister Gerhard Schröder, der Franke Erhard mehr liberal-protestantisch eingefärbt, der Friese Schröder mehr reformiert-uniert bestimmt. Und zwischen ihnen agierte als erster „Europa-Präsident“ der kantisch-hegelianisch ausgebildete Professor Walter Hallstein, ehemals Dozent für Staatsrecht im ostpreußischen Königsberg, der den EG-Mitgliedstaaten gern damals schon einen gewissen Verzicht auf nationale Souveränitätsrechte abverlangt hätte, um die Wirtschaftsgemeinschaft zu einer wirklich politischen Union, zu einem Staatswesen, auszubauen. Aber der konservative de Gaulle machte nicht mit – so wenig, wie der Sozialist Mendès-France 1955, als die französische Nationalversammlung den bereits unterzeichneten Verträgen über eine europäische Verteidigungsgemeinschaft ihre Zustimmung versagte. De Gaulle wollte nichts preisgeben von der französischen Souveränität. Auch andere Gründe mögen mitgespielt haben, vielleicht sogar ausschlaggebend gewesen sein – auch wenn sie unausgesprochen blieben: Was soll ein *vereinigtes Europa* (der Sechs oder der Zehn oder der Zwölf) mit Deutschlands Wiedervereinigungsanspruch anfangen? Ist die Vereinigung beider deutscher Staaten – des dritt- mit dem siebtgrößten Industriestaat der Welt, des stärksten in der EG und des zweitstärksten Partners im COMECON – überhaupt erstrebenswert? Ist eine damit zwangsläufig gegebene deutsche Dominanz wünschenswert? Mit anderen Worten: Kann die EG die deutsche Wiedervereinigung als Ziel ihres politischen Handelns aufnehmen?

Inzwischen ist es still geworden um den Begriff „Europa der Vaterländer“. England hat sich der EG angeschlossen, desgleichen Dänemark, Spanien, Portugal, ja sogar Griechenland. Auch Giscard d'Estaing und Mitterrand haben erst gemacht mit der deutsch-französischen Aussöhnung, die de Gaulle und Adenauer für beide europäische Kernstaaten als unlösliche bilaterale Bindung eingeleitet hatten. Mitterrand und Helmut Kohl sind ebenso glaubwürdige Protagonisten einer teileuropäischen politischen Gemeinschaft wie vor ihnen Valerie Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt.

Aber die eigentlichen Fragen bleiben (wobei als theologischer Merkposten die Frage festzuhalten ist, wie man es wohl erklären kann, daß die Evangelische Kirche in Deutschland zwar die neue Ostpolitik geistig in Gang gebracht und ihr – mit Recht – freundlich applaudiert hat, daß es aber zur viel früheren deutsch-französischen Aussöhnung kein ausdrückliches oder auch nur vergleichbares Votum gibt – so wenig, wie zur Bundesrepublik überhaupt). Hängt dies mit der Teilung Deutschlands zusammen?

Das Szenario der Fragestellung sollte erweitert werden. Und hierzu sei aus dem einleitenden Abschnitt des *Buches von André Weckmann*, „Wie die Würfel fallen“, zitiert, wo der Verfasser von einer Einführung in die Elsässer Problematik spricht:

Bis 1649: Das Elsaß gehört zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation.

1648–1681: Das während des Dreißigjährigen Kriegs verwüstete und zum Teil entvölkerte Elsaß gerät nolens volens unter französische Oberhoheit.

18., 19. Jahrhundert: Langsame, aber progressive wirtschaftliche, politische und kulturelle Anpassung an Frankreich.

1871: Das Elsaß und Nordostlothringen werden, gegen den Willen der Bevölkerung, vom Deutschen Reich annektiert. 50 000 Elsässer und Lothringer verlassen das Land aus Protest. 160 000 entziehen sich in den folgenden zwanzig Jahren der deutschen Wehrpflicht durch die Emigration nach Frankreich. Verwaltungs- und Schulsprache: Deutsch.

1911: Das Reich gesteht dem Reichsland Elsaß-Lothringen eine Teilautonomie zu.

1914–1918: Militärdiktatur im Reichsland. Repressive Maßnahmen gegen die Elsaß-Lothringer: Verhaftungen und Ausweisungen.

In den von den französischen Truppen 1914 eroberten Teilen Elsaß-Lothringens werden zahlreiche Beamte als Geiseln verhaftet und nach Innerfrankreich deportiert.

1918: Elsaß-Lothringen wird wieder französisch. Jubel in der Bevölkerung. 112 000 eingewanderte Deutsche und deutschgesinnte Elsaß-Lothringer werden ausgewiesen. Umschulung des Lehrpersonals. Verwaltungs- und Schulsprache: Französisch.

1920: Beginn der autonomistischen Krise, elsässische Reaktion gegen die Pariser Assimilationspolitik. Die Regierung muß Zugeständnisse machen, u. a.: Beibehaltung des Konkordats, Deutschunterricht in der Grundschule.

1940–1945: NS-Gewaltherrschaft in Elsaß-Lothringen. Brutale Umschulung des ganzen Volks. Ausmerzung alles Französischen. 1940: Errichtung des Sicherheitslagers Schirmeck, 1941 des Kz Struthof. Bilanz: 145 000 Elsässer und Lothringer nach Frankreich ausgewiesen, 27 000 ins Altreich und nach Polen umgesiedelt, 20 000 Internierte und Deportierte, 140 000 Zwangseingezogene, davon 43 000 gefallen oder vermißt. 40 000 Fälle von Desertion und von Waffenpflichtentziehung durch Flucht nach Frankreich. Viele dieser Flüchtigen schließen sich der Widerstandsbewegung an.

1944–45: Befreiung durch die amerikanischen und französischen Truppen (darunter eine elsäß-lothringische Brigade).

1945: Abschaffung des Deutschunterrichts in der Grundschule. Beginn der Entnazifizierung: 8 000 Aburteilungen.

Kulturpolitik im Elsaß von 1945 bis 1968

- Die politische und kulturelle Geschichte des Elsaß wird nicht unterrichtet.
- Dialektsprechen ist in der Schule, einschließlich der Kleinkinderschule, nicht erlaubt.
- Deutsch wird wie eine Fremdsprache und erst ab der Sexta fakultativ unterrichtet.
- In den zweisprachigen Zeitungen müssen die Sparten Jugend, Sport und Kultur obligatorisch auf französisch erscheinen.

Die Jugend wird also bewußt und systematisch ihrer angestammten Sprache und Kultur entfremdet. Die Bevölkerung und ihre Gewählten reagieren nur schwach: die Schockwirkung der Nazizeit sitzt noch zu tief.

Die Bewußtwerdung

Im Zuge der Mairevolte 1968 bekommen die regionalistischen Ideen in Frankreich einen neuen Auftrieb. Der Kampf für die Erhaltung der kul-

turellen Eigenart der sprachlichen Minderheiten verlagert sich von rechts nach links.

Eine eigenartige Minderheit

Die Elsässer sind mehrheitlich Deutschsprachige, die sich politisch zu Frankreich bekennen. Es sind Franzosen, die ihr deutsches Kulturerbe erhalten möchten. Um diese durch die Geschichte bedingte Dualität bewerkstelligen zu können, müssen sie versuchen, beides, das Deutsche und das Französische, in sich zu vereinigen, das heißt, in zwei Sprachen und zwei Kulturen zu leben und sich zu entfalten. Das wurde ihnen bisher nicht erlaubt. Erst jetzt, 1981, im Zeichen politischer Veränderungen gibt es Anzeichen dafür, daß eine einigermaßen zufriedenstellende Lösung ihres Problems in den Bereich der Möglichkeiten rücken könnte.

Da sind alle Problemkreise benannt, in denen wir uns bewegen. Was ist Volk, Vaterland, Nation im Verhältnis zum Staat? Daß Staat und Volk nicht eins sind, daß es dennoch eine Staatsnation und damit auch einen Nationalstaat geben kann – dies ist am sinnfälligsten im Elsaß zu erleben – in Belgien desgleichen, ebenso in den Niederlanden, in der Schweiz; auch in Südtirol? Wann endlich dort? Wo eigentlich nicht in Europa? Bei den Kurden in der Türkei? In Armenien? In Syrien? Wo gibt es eigentlich einen wirklichen Volksstaat im Unterschied zum Nationalstaat – nicht im Sinne des Demokratismus (das Volk als primäre Herrschaftsstruktur – „alle Gewalt geht vom Volke aus“), sondern als geographisch-demographische Grundeinheit, wo Volk und Staat identisch sind. Es gibt ihn nicht. Der einzige Großversuch, dies zu bewerkstelligen – wir denken besonders gequält daran –, war eine böse Utopie und ist grauenvoll gescheitert. Es gibt ihn auch nicht in der Union der Sowjetrepubliken, nicht in Jugoslawien, nicht in der CSSR, in der DDR sind Volksgrenzen auch nicht zu Staatsgrenzen geworden, und umgekehrt. Denn sie verkörpern nur Teile ihrer jeweiligen Völker; die DDR den kleineren des deutschen Volkes, der „andere Teil Deutschlands“, die Bundesrepublik Deutschland, den größeren ...

Angesprochen wird in Weckmanns Roman auch die politische Trägerschaft nationaler, völkischer, kultureller und sprachlicher Identität (wenn man von „völkischer Identität“ überhaupt noch reden mag, wo der Mißbrauch mit dem „Völkischen“ es beschämend verbietet. Weckmann: „Der Kampf für die Erhaltung der kulturellen Eigenart der sprachlichen Minderheit verlagert sich – seit 1968 – von rechts nach links ...“).

Ins Bild gerückt wird schließlich auch in diesem Roman eines gebeutelten Volkes, nämlich des elsässischen (ist es gar ein Volk für sich?), auch das Verhältnis von Kirche (bzw. Kirchen) und Volk, Nation, Staat.

Weckmann: „Deutsch (hochdeutsch) hat keinen offiziellen Status und wird nur noch in den zweisprachigen Zeitungen und – teilweise – in den Gottesdiensten verwendet.“

Im übrigen: Ist es seltsam oder eher adäquat, daß die Kirche in diesem Roman so selten vorkommt – in der Einleitung dieses Grimmelshausen 1981 wie in der Erzählung selbst?

Ein *weiteres Bild*: 1981, im Jahr der Veröffentlichung von Weckmanns Elsaß-Roman, erschien in den *Lutherischen Monatsheften* (4/1981) aus der Feder des damaligen Oppositionsführers und Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Helmut Kohl, ein Artikel, der damals eine langanhaltende und bei vielen immer noch nachwirkende Diskussion auslöste. In ihm heißt es: „Die deutsche Einheit wird erst dann wieder in das Stadium der Wirklichkeit treten können, wenn sie in Ost und West nicht als Ausdruck eines deutschen Nationalegoismus erscheint, sondern als Teil eines europäischen Friedensgefüges.“ Der Artikel nennt „die Nation als Verbindung freier Bürger wichtiger als den Nationalstaat im Sinne einer territorialen Einheit“. Er schließt mit der Einsicht, „daß die verlorene Einheit so, wie sie war, im Sinne des alten Nationalstaates, nicht mehr wieder erstellbar ist und daß jede Milderung des gegenwärtigen Zustandes länger Zeiträume bedürfen wird und ohne Zustimmung der europäischen Nachbarn unvorstellbar bleibt“.

Die Nation – Verbindung freier Bürger – wichtiger als die territoriale Einheit? Nation: untergeordnet der Freiheit? – „Teil eines Friedensgefüges“?

Nation: untergeordnet dem Frieden? Handelt es sich also um einen untergeordneten, abgeleiteten, mithin einen Sekundärbegriff? Ein Wort auf einer niedrigeren Ebene? Und was sind dann die Oberbegriffe? Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit, vielleicht auch Gleichheit? In der Tat: Ihre Nation versprach den französischen Revolutionären dies zu geben. So kam es zur Identifizierung von Staat und Nation ...

Damit sind wir zum *dritten Bild* im Szenario der Nation gelangt: In der Herbstnummer 1988 des Pariser *Magazine littéraire*, einem Themenheft zum Gedenken an die Französische Revolution (1789–1989), kommt neben anderen auch Furet, der führende Denker zur Revolution von 1789 und ihren Folgen zu Wort. Seine Hauptthese: „Die Revolution ist zu Ende. Seit zehn Jahren. Wir verfügen über zahlreiche Indizien: der schnelle

Niedergang der Kommunistischen Partei, das Ende der nationalen Idee (wie kann man heute einem jungen Menschen erklären, was die Napoleonischen Feldzüge waren oder sogar der Erste Weltkrieg?), das Ende des Gaullismus und einer gewissen Kultur der Nation.“

Und: „Die Franzosen haben am Ende des 20. Jahrhunderts endlich begriffen, daß die Religion Privatsache ist – wobei der Historiker das Religiöse durchaus als Synonym des Politischen versteht. Die Politik setzte sich 1789 an die Stelle der Religion und wurde entsprechend betrieben ...

Die Verbindung von Religion und Nation, ja die gegenseitige Substituierbarkeit und tatsächliche Substituierung bietet vielfachen Anlaß zu theologischer Reflexion. Und die Behauptung, die nationale Idee sei am Ende, genauer: sie sei zuende, wohl auch.

Um die gleiche Zeit beschäftigte sich auch die Zeitschrift „L'Histoire“ mit der Zweihundertjahrfeier der Revolution. Der französische Historiker Maurice Agulhon schreibt, 1789 müsse eine „Staatsaffäre, eine nationale Angelegenheit“ werden. Der zeitgenössische Franzose habe zwar für sie keinerlei Bewunderung mehr übrig – „humanitär, sensibel und vorsichtig, tausendmal mehr als seine Vorfahren vor zwei Jahrhunderten, wie er geworden ist“. Sie sei dem Horror gewichen. „Er schreckt davor zurück, sie zum Modell zu erheben.“ Weil es nicht leicht sei, „89 zu zelebrieren“, plädiert er „für eine Pädagogik der Menschen- und Bürgerrechte“.

Auch hier: Es gibt, so scheint es, verbindliche Werte hinter den Begriffen Nation, Volk, Vaterland – verbindlich für den Staat, für alle Staaten –, gewissermaßen Primärwerte: „Menschenrechte, Bürgerrechte“ ...

Haben sie mit der christlichen Verkündigung zu tun? Mehr vielleicht als Volk, Vaterland, Nation? Sind sie vielleicht ursprünglich christlich, wohingegen andere im Nachhinein christianisiert wurden?

Es ist schwierig, in die bunte Vielfalt der Szenen aus Vergangenheit und Gegenwart Ordnung zu bringen. Theologische Reflexionen setzen freilich nicht unbedingt ein durchorganisiertes Schema der Darstellung voraus, auch dann nicht, wenn ein Anhänger lutherischer Ordnungstheologie solche Reflexionen anstellt; immerhin war Luther selbst alles andere als ein Systematiker.

Wie stand die erste Christenheit zu „Volk, Vaterland, Nation“? Immerhin hat sie sich den – für uns Heutige unglaublichen – Satz einfallen lassen, der dann nach zwei Jahrtausenden immer wieder nachgesagt und noch öfter durchlitten (etwa „auf dem Felde der Ehre“, wo dem „Opfer-tod“, wie man es nannte, von vielen ein Sinn beigelegt wurde): „Dulce et

decorum est, pro partia mori.“ Unter den Aussagen der Kirchenväter, der frühen wie der späten, ist dieser Satz nicht zu finden, bei Paulus nicht und – selbstverständlich! – auch als Jesuswort nicht. Sie reden stattdessen von der Königsherrschaft Christi. (Nicht von der Herrschaft christlicher Könige! Davon wußten sie nichts, hätten sie auch nichts wissen wollen. Eine christliche Staatslehre sucht man im Neuen Testament vergeblich).

Das Verhältnis auch der Christen zum Staat wird freilich deutlich umschrieben – es ist das Verhältnis der Glieder des „wandernden Gottesvolkes“ das „hier keine bleibende Stadt hat“, zu der von Gott verordneten Ordnungsmacht (Römer 13), die sich immer wieder aufführt wie ein „Tier aus dem Abgrund“ (Offenbarung 22), der man zu gehorchen hat, freilich im Konfliktfall weniger als Gott (1. Petrus 2).

Über das Verhältnis der Christen zu ihrem Volk macht das Neue Testament noch spärlichere Aussagen – zurückhaltend, hinterfragend, relativierend, korrigierend ...

Der jüdische Patriot Paulus, ehemals der Pharisäer Saulus, bestimmt das Verhältnis der Christen zum Volk, indem er formuliert: „Wir sind alle getauft zu einem Leib, Juden oder Griechen, Knechte oder Freie, und sind alle zu einem Geist getränkt ...“ (Man beachte: wir sind getauft zu einer offensichtlich neuen Gemeinschaft, die nationale wie soziale Grenzen aufhebt oder zumindest relativiert; der Streit über das Wie wird u. a. des Onesimus wegen mit Philemon auszutragen sein, und in Sachen Vaterland wird er bis heute ausgetragen, denn Paulus blieb in dieser Hinsicht die Konkretion schuldig).

Immerhin: Gott macht keine nationalen Unterschiede und auch keine sozialen ... Einen christlichen Staat, gar eine Staatsnation kennt er nicht, einen christlichen Ständestaat auch nicht. Das haben die christlichen Scholastiker von Aristoteles, nicht von Paulus. Auch der katholischen Christenheit ist es nicht gelungen, den Ständestaat zu taufen. Wäre es gelungen, d. h. den Ständestaat wirklich von innen heraus zu christianisieren, hätte es nicht zur blutigen Revolution im Reiche des „allerheiligsten Königs“, in Frankreich, kommen müssen, bei der auf eine wahrhaft unchristliche Weise der christliche Grundgedanke der Gleichheit und der Freiheit aller Menschen vor Gott, den Luther für sein Einflußgebiet schon 260 Jahre vorher in Erinnerung gerufen hatte, leuchtend denen vorangetragen wurde, die der Ständestaat nicht hochkommen lassen wollte, dem „dritten“ zunächst, bald auch dem „vierten“ Stand.

Einer eigenen theologischen wie historischen Reflexion wäre die Tatsache wert, daß die urchristliche Gleichheitsidee den Umweg über die

englischen Ketzler (die Pilgerväter, William Penn, die amerikanische Unabhängigkeitserklärung), die französischen Aufklärer von Voltaire und den Enzyklopädisten bis zu Rousseau und Montesquieu nehmen und sich arg unchristlich malträtiert lassen mußte, bis sie (auch) von der europäischen Theologie und ihren Kirchen zögernd rezipiert wurde.

Wer das Lukasevangelium liest, hat den Eindruck, als wäre diese Botschaft das Hauptanliegen des Lukas gewesen. Mit griechischen, lateinischen und hebräischen Buchstaben wurde die Kreuzigung amtlich gemacht!

Menschen aus allen Nationen der damals bekannten Welt – unterstellt dem einen Weltstaat der Römer! – erlebten das historische Gegenwunder von Babylon, die Ausgießung des Heiligen Geistes, der die Anwesenden dazu fähig machte, unbeschadet aller Sprachverschiedenheit einander zu verstehen ...

Lukas hat dies bei Paulus gelernt, und den hat es die Geschichte gelehrt (auch wenn die Geschichte ihm nicht eine Offenbarungsquelle sein konnte, so zog er aus ihr doch seine Lehren): Für die Christen gibt es nicht mehr (in erster Linie?) Griechen oder Heiden oder Juden (Gal. 3,8); denn „wir sind alle eins in Christus!“

Auf dieser gedanklichen Linie bewegt sich dann auch der Verfasser des 1. Petrusbriefes: „Ihr seid die auserwählte Nation ..., das heilige Volk, das Volk des Eigentums ...“ (1. Petr. 2,9), eine neu gegründete Nation, international!

Bei dieser Vorstellung blieb es lange: „Wir sind kein verachteter Kleinstaat, auch kein barbarischer Stamm“, schrieb Justin um 150 n. Chr., als es dem Imperium Romanum immer schwerer wurde, seine Grenzen zu sichern, weil die „Barbaren“ immer lärmender sie bedrohten, und als es dieser kleinen Gruppe von Christen im Reichsinnern immer schwerer wurde, weil man sie der selbstisolatorischen Volksgruppe der Diasporajuden gleichsetzte: „Wir sind kein Volkshaufen, sondern Gott hat uns erwählt ... Weil wir gewürdigt sind, ein Volk zu heißen, so sind wir eine Nation“, die neue, die heilige Nation, nicht getrennt durch Grenzen, die die Geschichte auferlegt, aus denen man dann später Grenzen einer Schöpfungsordnung machte.

Und noch einmal zwei Generationen danach, 220 n. Chr., deutet Origenes die Geschichte immer noch auf der gleichen Linie: „Gott sorgte dafür, daß der römische Kaiser die ganze Welt beherrschte; es sollte nicht mehrere Reiche geben, sonst wären ja die Völker einander fremd geblieben und der Vollzug des Auftrages Christi schwieriger gewesen: Geht

hin in alle Welt ...“ (Wahrlich, eine erstaunliche Missionstheologie, die politische Einigungsprozesse als Chance für missionarischen Gemeindeaufbau ansieht. Wie weit hat sich – zeitweilig zumindest – die Diasporatheologie von solchen Vorstellungen entfernt. Denn es gab ja eine Zeit, in der Diaspora-Existenz und Volkskirchenwirklichkeit ineins gesehen wurde).

Es läßt sich kaum bestreiten, daß wir es in den neutestamentlichen wie in den patristischen Zeugnissen der Christenheit mit einem höchst bemerkenswerten politischen Bewußtsein zu tun haben, insbesondere im Blick auf die Nationalitätenfrage: Wir Christen sind eine neue Schöpfung, so wie der es ist, der als Einzelner in Christus ist; als Kollektiv von Christen sind wir ein neues Volk, eine inter-nationale Gemeinschaft. Es kann sogar vorkommen, daß diese Christen sich als prä-existent verstehen, als Urvolk ...

Fassen wir zusammen: Für die frühen Christen wird der natürliche Volksbegriff – das Volk als eine politisch-ideelle Einheit, das allein oder mit anderen zusammen zu einer politisch handlungsfähigen Nation wird – religiös überlagert, eigentlich aufgehoben. Für das neue Gottesvolk ist nicht mehr der natürliche Blutszusammenhang, die natürliche Abstammung entscheidend, sondern allein die Gnade Gottes, der in der Heilsgeschichte handelt (Paul Wilhelm Gennrich) und in seine neue Nation, das heilige Volk, eine inter-nationale Gemeinschaft hineinruft.

Welche politische Relevanz billigen die Christen diesem das neue Volk konstituierenden Handeln zu?

Mit diesem neuen Universalismus stellte sich die christliche Verkündigung auf den bereits vorhandenen Universalismus der Pax Romana ein. Angefangen hatte dieser Prozeß schon mit der Schaffung der Septuaginta, als die jüdische Diasporaverkündigung sich das Gewand des griechischen Denkens und der griechischen Sprache anzog (Plutarch: „Wir sollen alle Menschen als unsere Mitbürger und Landsleute ansehen“). Schon im Judentum beginnt also die Tendenz, zu einer Menschheitsreligion zu werden; im Christentum hat sich diese Tendenz gegen das palästinensische Judentum durchgesetzt.

Dabei ist eine gewisse Ambivalenz der christlichen Überzeugungen nicht zu leugnen. Sie ergibt sich daraus, daß die Christen sich als „Fremdlinge und Beisassen“ (1. Petr. 2,12) fühlen. Im sogenannten Diognetbrief liest sich dies so (um 180): „Die Christen wohnen in ihrem Vaterland, aber doch wie Gäste; sie genießen ihr Bürgerrecht, bleiben aber doch Fremdlinge. Jede Fremde ist ihnen Heimat. Jede Heimat ist ihnen

Fremde ... Sie leben im Fleisch, aber nicht nach dem Fleisch. Sie weilen auf Erden und wandeln im Himmel.“

Die politische Tendenz ist dabei zunächst eindeutig; der Origenes-Schüler Eusebius von Cäsarea (262/63–339) faßt diese Tendenz angesichts des sich unter den Römern vollziehenden Prozesses der Völkereinigung als ein Zusammenwachsen von Gottesvolk und Weltmacht auf. Im römischen Imperium ist für ihn das messianische Reich verwirklicht. – Seine Theorie wird zur Ideologie des Konstantinischen Kaisertums werden, wo Nationalstaaten und damit auch Nationalreligionen zu bestehen aufgehört haben.

Der Weg der frühen Christen war schwer und entsagungsvoll. Die Christen standen mit ihren „inter-nationalen“ Ideen zwar dem Kosmopolitismus der Stoa und damit dem Universalismus des Imperium Romanum nahe, aber als sie in die Welt des Hellenismus eintraten, mußten sie sich, weder Hellenen noch Juden, als Fremde zurechtfinden. Sie wurden als „neues Gottesvolk“ auch das „dritte Geschlecht“ genannt und wurden als solches zeitweilig als „Menschen dritten Grades“ verabscheut. Dennoch blieb Tertullian dabei: „Die Christen erkennen nur einen Staat an: die Welt.“ So übernahm die Römische Kirche das Erbe von Rom.

Seinen Höhepunkt fand dieses Welt- und Staatsbewußtsein bei Augustin, wobei er, offensichtlich unter dem Eindruck der neuen Völkerschaften, die über das Imperium Romanum hereinbrechen, auch dem Volk seine eigene Qualität abgewinnt: „Volk ist die Verbindung einer Vielheit vernünftiger Menschen.“ Seine Hauptaufgabe sei die Verwirklichung von Recht und Gerechtigkeit. Der Staat sei von ihm zu unterscheiden. Er sei ein überindividuelles, den Einzelnen überdauerndes Gebilde. (Auch Völker überdauert er.)

Zusammengefaßt: Eine biblische Begründung für Volk, Nation, Vaterland im Sinne einer sozialetischen Größe von erstrangigem Wert gibt es nicht. Wir geben keine biblische Wahrheit preis, wenn wir diese Wertwirklichkeiten nicht zu den ursprünglich biblischen rechnen.

Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität spielen demgegenüber eine größere Rolle. Am Frieden mitzuarbeiten, auf Frieden hinarbeiten – auch auf den äußeren Frieden in politicis: darauf sind Christen verpflichtet. Das zählt zu ihrer Weltverantwortung.

Das gleiche gilt für soziale Gerechtigkeit, für die Formulierung dessen, was Recht ist und seine Durchsetzung, wie für die Anerkennung der Würde, damit auch der Freiheit und Gleichheit des anderen – mit der (sozial)politischen Konsequenz ständiger Bemühung um seine Verwirklichung.

Deutlicher wird das Neue Testament in der Beschreibung des Staates als eines dem Volk wie der Nation vorgeordneten Wertes. Denn der Staat allein ist es, der die Macht hat, dem Bösen zu wehren und die grundlegenden Güter menschlichen Gemeinschaftslebens zu verwirklichen – wenigstens annähernd, immer wieder von neuem, nie vollkommen: Luther hat für die Staatsmacht die etwas altmodische Vokabel von der „Obrigkeit“ verwendet. „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist,“ sagt Jesus von Nazareth – und verwendet das Wort „Kaiser“ synonym für das Imperium Romanum, den Staat jener Zeit.

Dabei hat die neutestamentliche wie die frühe Christenheit diesen Staat nie identisch mit dem Volk gesehen. Die Kirche selbst, die sich allmählich auch in weltlichen Organisationsstrukturen herausbildete, hat über Jahrhunderte hinweg einen Nationalstaat nicht gekannt.

Dies bedeutet heute: Eine biblische Begründung für die Forderung einer Wiedervereinigung einer Nation gibt es nicht; eine theologische ist somit höchstens in abgeleitetem Sinne, wenn überhaupt, vorstellbar.

Wer auf Frieden aus ist, sollte keine Forderungen erheben, die das Friedensgleichgewicht stören.

Die politische Perspektive: Ein Europa des einen deutschen Vaterlandes als konstituierender politischer Einheit ist politisch unwahrscheinlich. Ein Europa mehrerer (evtl. auch mehrerer deutscher) Vaterländer sollte das denkbar Selbstverständlichste werden – auch das selbstverständlich Denkbare. Und zwar vor allem in der biblischen Tradition.

Die Aufgabe des Friedens über den Prozeß staatlicher Einigung mit dem Ziel neuer Staatsbildung ist die aktuellste geschichtliche Aufgabe, die Aufgabe unserer Generation jetzt:

- Damit Bilder, wie das Elsaß, Südtirol und andere Völker sie uns malen, endgültig der Vergangenheit angehören ...
- Damit wir uns nicht ablenken lassen in unserem politischen Engagement von einer historischen Utopie, die kaum Gutes, meist aber Böses hervorbringen kann ...
- Damit wir uns energischer auf das konzentrieren können, was uns heute herausfordert und was nur in größeren staatlichen Handlungseinheiten zu verwirklichen ist: Sicherung des Friedens, Bewahrung der Schöpfung, Verwirklichung eines Lebens und Zusammenlebens der Menschen in etwas mehr Gerechtigkeit (sozial wie politisch).
- Die modernen Staaten Europas sind spätestens seit 1789 auf die Primärwerte der Menschenrechte hin ausgerichtet und auf sie als

einigendes Band – viel mehr als auf die Pax Catholica eines vergangenen karolingischen Zeitalters.

Durch dieses Band der Menschenrechte ist es begründet, daß wir Ja sagen zu einem Europa der Vaterländer, die Begriffe Vaterland, Volk, Nation Europa jedoch nicht aufnehmen. Das Europa der Vaterländer als ein Staat: nicht nur um des Friedens willen und des Friedens wegen, auch aus Glauben!

Aufschieben ist eine heimliche Seuche, aber ein grausamer Schaden: Der Heilige Geist gibt seine Gaben nicht denen, die langsam und faul sind, sondern denen, die willig, bereit und hurtig sind. Martin Luther